

# Wahlprüfsteine

vom Unterstützungskreis „Sicherer Hafen  
Neuendettelsau“

an die Kandidierende im Wahlkreis 241 (AN, WUG)

## **Geantwortet haben:**

Kilian Welser (ÖDP), Sylvia Bogenreuther (Freie Wähler),  
Markus Wanger (Die Piratenpartei), Erkan Dinar (Die  
Linke), Herbert Sirois (Bündnis 90/Grüne).

Harry Scheuenstuhl (SPD) hat Antworten zu anderen  
Fragen zum selben Thema geschickt  
(s. u.).

Artur Auernhammer (CSU) hat, anstatt unsere Fragen zu  
beantworten, auf eine Einigung in der CDU/CSU  
hingewiesen, nach der Wahlprüfsteine von der  
Parteizentrale beantwortet werden sollen.

## **Nicht geantwortet haben:**

Thomas Kestler (FDP), Maik Langen (NPD), Daniel  
Lösch (AfD), Christoph Ulrich Mayer (DieBasis)

## 1. Wie stehen Sie zur privaten Seenotrettung?

Herbert Sirois (Bündnis 90/Die Grünen):

Es ist eine Schande, dass Menschen auf der Flucht nach Europa im Mittelmeer ertrinken! Etwa 15.000 Menschen sind in den letzten fünf Jahren laut Schätzung des UNCHR bei der Überfahrt über das Mittelmeer gestorben oder verschollen. Ohne den mutigen und selbstlosen Einsatz von privaten Seenotretter:innen wären diese Zahlen mit Sicherheit noch wesentlich höher. Persönlich bekenne ich mich entsprechend klar zu zivilgesellschaftlichen Rettungsinitiativen und trete dafür ein, dass die Kriminalisierung und behördliche Behinderung ihrer Arbeit beendet wird.

## 1. Wie stehen Sie zur privaten Seenotrettung?

Erkan Dinar (Die Linke):

Das zentrale Mittelmeer ist seit langem die tödlichste Migrationsroute der Welt. Ohne zivile Seenotrettung durch NGO's, die vor Ort jeden Tag Menschenleben retten, wären es noch viele Tote mehr. Und genau dafür werden sie immer noch angeklagt und ihre Schiffe beschlagnahmt. Die EU schaut zu. Eine EU-koordinierte und finanzierte Seenotrettung ist mehr als überfällig. Das deutsche Verkehrsministerium versucht jedoch die private Seenotrettung im Mittelmeer durch neue praktisch unerfüllbare Auflagen für Rettungsschiffe zu verhindern. Das finde ich beschämend. Durch die Änderung der Schiffsicherheitsverordnung, nach der alle

Schiffe, die nicht für "Sport- und Erholungszwecke" eingesetzt werden, spezielle „Sicherheitszeugnisse“ für Bauweise, Ausrüstung und Besatzung vorweisen müssen, hat sich die CSU mit diesem durchsichtigen und niederträchtigen Manöver auch vom letzten Krümmen christlicher Nächstenliebe verabschiedet. Zuvor hatte es Ausnahmen für Schiffe gegeben, die zu "Sport- und Freizeitzwecken" unterwegs sind.

## 1. Wie stehen Sie zur privaten Seenotrettung?

Kilian Welser (ÖDP):

Seenotrettung ist wichtig und muss durchgeführt werden.

Sylvia Bogenreuther (Freie Wähler):

Sowohl privat als auch beruflich stehe ich voll hinter der Seenotrettung, man lässt keine Menschen ertrinken!

Markus Wanger (Die Piratenpartei):

Da bis heute die Fluchtursachen nicht bekämpft werden, leider notwendig. Eigentlich sollte dies Aufgabe der Staatengemeinschaft sein.

## 2. Was ist Ihre Meinung zur Wiederaufnahme der staatlichen Seenotrettung?

Erkan Dinar (Die Linke):

Faktisch hat die EU ihre Seenotrettung komplett eingestellt. Stattdessen wird fast das gesamte Mittelmeer aus der Luft im Auftrag der EU überwacht und bei Bedarf u.a. die libysche Küstenwache informiert. Seit 2014 sind rund 700 Millionen Euro in libysche "Projekte" gesteckt worden. Allein 57 Millionen fließen in die libysche Küstenwache und Seepolizei. Bei der Leitstelle eingehende Seenotrettungsfälle landen direkt bei der libyschen Küstenwache. Die EU verweigert sich so Menschenleben zu retten ohne sich juristisch angreifbar zu machen. Dabei weiß die EU um die massiven

Menschenrechtsverletzungen seitens der libyschen Küstenwache. Statt also auf Abschottung in Zusammenarbeit mit Milizen zu setzen, braucht es staatliche Rettungsschiffe und eine politische Kehrtwende, die auch Fluchtursachen beseitigt. Würden die EU-Mitgliedsstaaten Waffenexporte in Krisenregionen und an beteiligte Drittparteien unterlassen, müssten weniger Menschen fliehen. Würde die EU die Ressourcen und Menschen auf dem afrikanischen Kontinent nicht so hemmungslos ausbeuten, würden auch weniger Menschen fliehen.

## 2. Was ist Ihre Meinung zur Wiederaufnahme der staatlichen Seenotrettung?

Kilian Welser (ÖDP):

Ja sollte man tun, aber zusätzlich müssen die Fluchtursachen bekämpft werden.

Sylvia Bogenreuther (Freie Wähler):

Je schnelle desto besser!

Herbert Sirois (Bündnis 90/Die Grünen):

findet sich im Statement zu Frage 3.

Markus Wanger (Die Piratenpartei):

Die Seenotrettung sollte staatlich organisiert werden. Sie durchzuführen, ist nicht die Aufgabe der Zivilgesellschaft. Wo dies geschieht, dürfen Rettende für ihre Zivilcourage weder behindert noch kriminalisiert werden.



### **3. Was ist der Standpunkt Ihrer Partei zur staatlichen Seenotrettung und zur Migrationspolitik?**

Herbert Sirois (Bündnis 90/Die Grünen):

Es kann nicht sein, dass die Seenotrettung weiterhin privat organisiert wird. Meine Mitstreiter:innen bei Bündnis 90/Die Grünen und ich setzen uns für eine zivile und flächendeckende, europäisch koordinierte und finanzierte Seenotrettung ein. Wir wollen dafür mit jenen Staaten vorangehen, die die Seenotrettung als moralische und völkerrechtliche Pflicht ernst nehmen, und einen eigenen Beitrag leisten: Gerettete müssen von staatlich finanzierten und koordinierten Rettungsschiffen zum nächsten sicheren Hafen gebracht werden, um dann nach einem europäischen Verteilmechanismus unverzüglich in aufnahmebereite Mitgliedstaaten, Regionen oder Städte verbracht zu werden.

### **3. Was ist der Standpunkt Ihrer Partei zur staatlichen Seenotrettung und zur Migrationspolitik?**

#### **Erkan Dinar (Die Linke):**

DIE LINKE steht für eine solidarische gerechte Weltwirtschaftsordnung, gegen Krieg und Rüstungsexporte, gegen Landraub, für faire Produktionsverhältnisse, für Demokratie und Menschenrechte, weltweit. Geflüchtete sollen das Recht auf soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe in unserem Land haben. Die Bundesregierung hat keine Voraussetzungen für eine gute Integration geschaffen und betreibt stattdessen weiter eine Politik der Abschottung, des Generalverdachts und der Entrechtung gegenüber Einwanderern und Geflüchteten. Im Zentrum steht: das Recht, nicht migrieren zu müssen. Fluchtursachen sind vielfältig. Fast immer hängen sie mit der weltweiten Ungleichheit zwischen Arm und Reich zusammen. Diese Ungleichheit wächst durch Ausbeutung in unfairen Handelsbeziehungen, das

Erstarken der großen Agrarkonzerne, rücksichtslos agierende transnationale Konzerne und den durch die Industrieländer in erster Linie zu verantwortenden Klimawandel. Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Flüchtlinge! Wir brauchen eine gerechte Entwicklungshilfe und fairen globalen Handel. Wir unterstützen die Forderungen nach einem sofortigen Stopp der Abschiebungen und nach einem Bleiberecht für alle. Geschlechtsspezifische Fluchtursachen wollen wir als Asylgrund umfassend anerkennen und bedrohte Frauen vor Abschiebung schützen. Menschen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden, sollen umfassenden Schutz erhalten. Wir wollen sichere Fluchtwege schaffen, damit das Sterben im Mittelmeer aufhört. Das Recht auf Asyl stellen wir wieder her und setzen die Genfer Flüchtlingskonvention durch. Der schmutzige Deal mit der Türkei und anderen Ländern muss aufgekündigt werden! Wir wollen eine solidarische Einwanderungsgesellschaft: mit sozialer Sicherheit statt Konkurrenz um Arbeitsplätze, Wohnungen und Bildung.

Mit einer sozialen Offensive für alle, die den Zusammenhalt der Gesellschaft stärkt. Wir fordern ein Bleiberecht für alle Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, spätestens, wenn sie fünf Jahren in Deutschland leben. Die Praxis der sogenannten Kettenduldungen wollen wir zugunsten von dauerhaften Perspektiven abschaffen. Wir wollen die Unterbringung von Geflüchteten in Massenunterkünften beenden und dezentral organisieren. Die Residenzpflicht, Wohnsitzauflagen und die Unterbringung in Sammellagern müssen bundesweit abgeschafft werden. Abschiebungen lehnen wir ab. Insbesondere Abschiebungen in Kriegsgebiete und existenzielle Not wie Obdachlosigkeit, mangelhafte medizinische Versorgung und Diskriminierung werden wir sofort stoppen. Die Ausnahmen vom Mindestlohn und das Asylbewerberleistungsgesetz wollen wir abschaffen. Die Frage zur staatlichen Seenotrettung habe ich bereits positiv beantwortet.

### **3. Was ist der Standpunkt Ihrer Partei zur staatlichen Seenotrettung und zur Migrationspolitik?**

**Kilian Welser (ÖDP):**

Zur Seenotrettung besteht, soweit ich weiß, kein Beschluss. Die ÖDP erkennt an, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Daher stehen wir hinter Asylpolitik und der Genfer Konvention. Zudem fordert die ÖDP eine weltoffene Gesellschaft, in die neue Mitbürger/innen eingebunden werden können.

### **3. Was ist der Standpunkt Ihrer Partei zur staatlichen Seenotrettung und zur Migrationspolitik?**

#### **Sylvia Bogenreuther (Freie Wähler):**

Parteiprogramm: Kontrolliertes Asylrecht – humanitäre Flüchtlingspolitik – Rückführungsabkommen - - UN-Schutzzone – Kostenübernahme der Integration durch Bund – Integration durch Fordern und Fördern – Bekämpfung der Schlepperei – Seenotrettung durch EU – keine Einwanderung in Sozialsysteme

Die Freien Wähler sind die einzige Partei, wo der Einzelne auch seine eigene Meinung vertreten kann. Wir diskutieren viel und es gibt keinen Fraktionenzwang. Im Grunde gibt es das Gesetz sogar vor, aber tatsächlich sind die Freien Wähler die einzigen, die das auch praktizieren. Das ist mir persönlich enorm wichtig. So kann man, indem man Überzeugungsarbeit leistet und Sachargumenten die allg. Parteimeinung ändern. Manchem kann ich gut zustimmen, aber anderen Bereichen sehe ich es anders.

### **3. Was ist der Standpunkt Ihrer Partei zur staatlichen Seenotrettung und zur Migrationspolitik?**

Markus Wanger (Die Piratenpartei):

Wir PIRATEN stehen für eine offene, freie und pluralistische Gesellschaft ein, in der verschiedene Kulturen, Weltanschauungen und Religionen gemeinsam friedlich zusammenleben können. Wir setzen uns deshalb für eine solidarische und menschenwürdige Asylpolitik ein, die am Wohl und Schutz der asylsuchenden Menschen interessiert ist und auf Instrumente wie Abschreckung, Isolation, Rassismus und Diskriminierung ausnahmslos verzichtet.

Asylpolitik muss immer an humanitären und nicht an nationalstaatlichen oder wirtschaftlichen Interessen ausgerichtet sein.

Schaffung einer europäischen  
Seenotrettungsorganisation:  
Im Minimum muss zur Sicherstellung einer  
größeren Wahrscheinlichkeit zur Erreichung  
Europas eine, allerdings europäisch finanzierte,  
Seenotrettungsorganisation nach Aufbau der  
Deutschen Gesellschaft zur Rettung  
Schiffbrüchiger geschaffen werden. Die  
Kriminalisierung bis dahin aktiver privater  
Organisationen, verurteilen wir als beabsichtigte  
Abschreckung gegenüber Menschen, die Hilfe  
leisten wollen. Wir kritisieren die momentane  
Praxis, immer neue Straftatbestände zu  
konstruieren, um Schutzsuchende oder deren  
Helfer zu inhaftieren. Seenotrettung ist kein  
Verbrechen!



## 4. Wie haben Sie sich bisher für Flüchtende eingesetzt?

Herbert Sirois (Bündnis 90/Die Grünen):

Meine Familie und ich unterstützen seit vielen Jahren durch Mitgliedschaften und Spenden Organisationen, die in der Entwicklungsarbeit tätig sind. Wir halten in diesem Rahmen auch mehrere Patenschaften bei Kinderhilfswerken. Gleichzeitig unterstützen wir eine irakische Familie, die 2015 aus Bagdad fliehen musste, dabei, die alltäglichen Hürden, insbesondere in der Verwaltung, zu meistern. Zudem versuche ich seit Jahren, in Vorträgen zur Außen- und Sicherheitspolitik Krisen, Konflikte und damit auch Gründe für Flucht verständlich zu machen. Niemand flieht aus seiner Heimat aus Spaß. In

den letzten Jahren haben internationale Konflikte, die mit massivem und gezieltem Vorgehen gegen die Zivilbevölkerungen einhergehen, zugenommen. Ethnische Vertreibung, Massenvergewaltigungen, Gewalt gegen Frauen und Kinder und die Zerstörung von Lebensgrundlagen gehören heute leider zum „normalen“ Gewaltspektrum. Aber auch ausweglose Perspektivlosigkeit aufgrund von Klimawandel, demografischen Entwicklungen und „failing states“ breitet sich aus. Verständnis für solche Phänomene ist der erste Schritt hin zur Diskussion um Lösungsperspektiven, die mehr als Abschottungspolitik beinhalten.

## 4. Wie haben Sie sich bisher für Flüchtende eingesetzt?

Erkan Dinar (Die Linke):

In meiner Heimatstadt Weißenburg habe ich ab 2015 die Hilfsorganisation für Flüchtlinge „Weißenburg hilft“ mit insgesamt 16 Arbeitskreisen als Mitglied im Sprecherrat mit aufgebaut. Dort war ich auch der Hauptverantwortliche für den Arbeitskreis „Alltagsbetreuung“ und „Wohnungssuche“. Für den Arbeitskreis „Alltagsbetreuung“ habe ich außerdem einen „ABC-Leitfaden für die Integrationshilfe der Geflüchteten“ verfasst, welcher auch in gedruckter Version als 68-seitige Broschüre erhältlich ist.

**Kilian Welser (ÖDP):**

Konkret habe ich geholfen bei der Vermittlung einer Arbeitsstelle an einen Flüchtling vor einigen Jahren. Ansonsten habe ich beruflich ab und an mit Flüchtlingen zu tun, die in der Berufsschule, in der ich unterrichte, eine Ausbildung machen.

## 4. Wie haben Sie sich bisher für Flüchtende eingesetzt?

Sylvia Bogenreuther (Freie Wähler):

Ich komme aus Dietenhofen und dort gibt es bereits seit den 80iger Jahren Menschen, die Zuflucht suchen. In den 80igern waren es überwiegend Iraner und später Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien oder Albanien. Heute verschiedene Menschen aus arabischen Kriegsgebieten und Gebieten ohne Menschenrechte. In den 80igern engagierte ich mich bereits, als damals die unsägliche Politik der „Essenspakete“ zur Abschreckung eingeführt wurde. Das wurde damals auch so ausgesprochen! Ich unterstütze junge Familien, indem wir diese bei Ihrem Hungerstreik mit Milch und Gemüse von örtlichen Bauern versorgten. Leider waren damals Menschen, die sich für Asylbewerber (damals war das der gängige

Sprachgebraucht) engagierten eher sehr wenige. Als Geschäftsführerin (ich baute den Verein im Auftrag der Stadt Ansbach auf) der SonnenZeit FreiwilligenAgentur & MehrGenerationenHaus e. V. engagieren wir uns seit Beginn im Handlungsfeld Migration. 2012 als viele Sinti und Roma aus Rumänien und dem Balkan zu uns kamen organisierten wir die ersten Helferkreise. 2015 organisierten wir gemeinsam mit unzähligen Ehrenamtlichen die verschiedenen Notunterkünfte, aber auch sonstige Unterkünfte. Unser erfolgreichstes Projekt sind die ANsbacher Paten, hier vermittelten wir seit 2015 knapp 700 Patenschaften, zwischen Einheimischen und Migranten (überwiegend Geflüchteten). In unserem Team arbeiten zudem auch immer Menschen mit Migrationshintergrund, unsere Vorständin ist beispielsweise eine junge Migrantin. Ich engagiere mich seit über 12 Jahren im Integrationsbeirat der Stadt Ansbach.

## 4. Wie haben Sie sich bisher für Flüchtende eingesetzt?

Markus Wanger (Die Piratenpartei):

Mein äußerst bescheidener aktiver Beitrag war bisher (neben dem gelegentlichem Spenden), den ich zusammen mit Parteikollegen und den Freifunkern geleistet habe, freies WLAN in Flüchtlingsunterkünften in Weißenburg zu installieren, um den Menschen zu helfen, Kontakt zu ihrer Heimat und den oft zurückgebliebenen Familienmitgliedern halten zu können.

**5. Wie würden Sie sich im Falle eines Mandats im Bundestag für Flüchtende einsetzen? (z.B. sichere Fluchtwege, das Ende der Abschottungspolitik, Einrichtung neuer bzw. für die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Menschen auf der Flucht, Aufnahmeplätze zusätzlich zur Verteilungsquote in Ihrem Wahlkreis, Bleibeperspektiven von geflüchteten Menschen und gegen Abschiebungen)**

**Herbert Sirois (Bündnis 90/Die Grünen):**

Als Experte für Außen- und Sicherheitspolitik möchte ich mich persönlich besonders dafür engagieren, dass Menschen möglichst gar nicht mehr in die Lage kommen, fliehen zu müssen. Wie ich das erreichen möchte, schildere ich in der Antwort zu Frage 11.



## **5. Wie würden Sie sich im Falle eines Mandats im Bundestag für Flüchtende einsetzen? (z.B. ...)**

Erkan Dinar (Die Linke):

Das Programm meiner Partei ist der Leitfaden meiner politischen Arbeit. DIE LINKE setzt sich für eine humane Flüchtlingspolitik ein. Dazu gehören natürlich die Schaffung von sicheren Fluchtwegen, das Ende der Abschottungspolitik oder auch der Einsatz für die Anerkennung von geschlechtsspezifischen Fluchtursachen. Siehe auch meine Antworten oben zur staatlichen Seenotrettung und zur Migrationspolitik. Als Stadtrat von Weißenburg konnte ich in meiner Amtszeit einstimmig mit durchsetzen, dass sich meine Heimatstadt ebenfalls zum „Sicheren

Hafen“ erklärt und dadurch bereit ist zusätzliche Flüchtlinge über die Verteilungsquote hinaus aufzunehmen. Als Bundestagsabgeordneter würde ich weitere Beschlüsse in Kommunalparlamenten anregen und dafür werben.

## **5. Wie würden Sie sich im Falle eines Mandats im Bundestag für Flüchtende einsetzen? (z.B. ...)**

Kilian Welser (ÖDP):

Ich würde mich der Bekämpfung der Fluchtursachen widmen. Warum flieht jemand aus seiner Heimat? Da muss man ansetzen. Die Lebenssituation derer, die zu uns flüchten, muss in den Heimatländern bereits verbessert werden. Hier kann man Kooperationen eingehen. Man muss Waffenexporte stoppen und den weiteren Klimawandel stoppen.

## 5. Wie würden Sie sich im Falle eines Mandats im Bundestag für Flüchtende einsetzen? (z.B. ...)

Sylvia Bogenreuther (Freie Wähler):

Zuallererst würde ich einen runden Tisch einberufen, mit Beteiligten und Fachleuten aus den Helferkreisen und Migrantenorganisationen. Denn nur gemeinsam findet man den richtigen Weg.

Menschen, die sich integrieren wollen, das heißt für mich:

- Achtung unseres Grundgesetzes
- Sprache lernen
- Kontakt mit und zu Einheimischen

- Ehrenamtliches Engagement oder Mitgliedschaft im Verein (z. B. Fußballverein, etc.)

Gerade ehrenamtliches Engagement, egal in welcher Form oder Menge, ist ein wichtiger Baustein für Integration. Denn dort ist man mit verschiedensten Menschen zusammen. In der SonnenZeit merken wir, dass sich Geflüchtete gerne engagieren. Von Quoten und sonstigen Bürokratischen Dingen halte ich wenig, das ist mir zu theoretisch. Ich finde, man muss die Möglichkeiten, die Akzeptanz, Arbeitsplätze, Helferkreise, etc. bei Entscheidungen gewichten und neu überdenken. Jeder, der meine oben genannten Punkte erfüllt, darf hierbleiben.

## **5. Wie würden Sie sich im Falle eines Mandats im Bundestag für Flüchtende einsetzen? (z.B. ...)**

Markus Wanger (Die Piratenpartei):

Hier möchte ich ein offenes Ohr bieten und zeige mich gerne gesprächsbereit. Ich finde, wir sollten unter anderem die formelle Beantragung von Asyl bei den Botschaften und Generalkonsulaten Deutschlands ermöglichen. Auch Botschaften anderer Staaten, die sich um die Vertretung Deutschlands in einzelnen Staaten kümmern, sind hier mit einzubeziehen.

**6. Würden Sie sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer positionieren und diese aktiv unterstützen, beispielsweise mit Öffentlichkeitsarbeit, Patenschaft oder finanzieller Unterstützung?**

Herbert Sirois (Bündnis 90/Die Grünen):  
findet sich im Statement zu Frage 3.

Erkan Dinar (Die Linke):  
In der Vergangenheit habe ich mich bereits mehr als einmal gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung positioniert, u.a. auf Mahnwachen und Kundgebungen der Seebrücke in Weißenburg. Daran wird sich auch weiterhin nichts ändern.

**6. Würden Sie sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer positionieren und diese aktiv unterstützen, beispielsweise mit Öffentlichkeitsarbeit, Patenschaft oder finanzieller Unterstützung?**

Sylvia Bogenreuther (Freie Wähler):

Seenotrettung ist nicht kriminell, sondern entspricht meinen christlichen Werten. Ja ich dazu stehe ich auf öffentlich.

Markus Wanger (Die Piratenpartei):

Das kann ich mir durchaus vorstellen.



**6. Würden Sie sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer positionieren und diese aktiv unterstützen, beispielsweise mit Öffentlichkeitsarbeit, Patenschaft oder finanzieller Unterstützung?**

Kilian Welser (ÖDP):

Seenotrettung ist nichts Kriminelles. Das mit der Patenschaft verstehe ich nicht, für wen soll ich Pate werden? Finanziell unterstütze ich gerne immer wieder bestimmte Organisationen, zur Seenotrettung habe ich nicht vor zu spenden. Zum Thema Öffentlichkeitsarbeit muss ich Ihnen leider sagen, dass ich als ÖDPLer meine Schwerpunkte meiner jetzigen außerparlamentarischen Arbeit im Bereich der

Ökologie und der Demokratie sehe. Wir engagieren für Umweltschutz und gegen umweltschädliche Projekte. Auf einer höheren Ebene dient das sicher auch dazu, das Weltklima zu retten, damit auch eine Fluchtursache anzugehen.

## **7. Würden Sie sich im Falle eines Mandats im Bundestag aktiv für die staatliche Seenotrettungsmission einsetzen? Wenn ja, wie?**

Herbert Sirois (Bündnis 90/Die Grünen):

Ja! Bei einer Veranstaltung des Arbeitskreises „Asyl & Integration“ des KV Ansbach von Bündnis 90/Die Grünen, bei denen auch der ehemalige Seenotretter und GRÜNE Bundestagskandidat Julian Pahlke zu Gast war, habe ich mich bereits klar dafür ausgesprochen, die gut ausgestatteten Marineeinheiten der europäischen Staaten zur Rettung Flüchtender zu nutzen. Bei Interesse können Sie den Veranstaltungsmitschnitt hier ansehen:

<https://www.youtube.com/watch?v=14zD52DuNdo> [1]

## **7. Würden Sie sich im Falle eines Mandats im Bundestag aktiv für die staatliche Seenotrettungsmission einsetzen? Wenn ja, wie?**

### **Erkan Dinar (Die Linke):**

DIE LINKE setzt sich auf allen Ebenen für die Wiederaufnahme der staatlichen Seenotrettung ein. Insbesondere auf europäischer Ebene im EU-Parlament durch Öffentlichkeitsarbeit und Antragsinitiativen. Leider sind die politischen Mehrheiten dort nicht gewillt ihre Abschottungspolitik zu verändern. Die EU investiert statt in Lebensrettung lieber in die Grenzschutzagentur Frontex, die sich immer mehr zu einer unkontrollierten EU-Truppe entwickelt, die Flüchtlings- und Menschenrechte mit Füßen tritt und selbst europäisches Recht ignoriert. Frontex ist jedoch Komplize bei schweren Menschenrechtsverletzungen der Grenzpolizeien in Ungarn, Bulgarien und Griechenland. Dort werden Flüchtlinge mit Hunden gejagt, mit Kabeln gepeitscht und in völkerrechtswidriger Weise an der

Grenze zurückgewiesen. Doch wie in einem kriminellen Kartell deckt Frontex diese Übergriffe seiner nationalen Partner. Frontex-Einsätze in Ländern, die Flüchtlings- und Menschenrechte missachten, müssen sofort beendet werden. Perspektivisch gehört die EU-Grenzschutzagentur aufgelöst, statt weiter aufgerüstet. Der für die nächsten Jahre vorgesehene Milliardenetat wäre für die Seenotrettung im Mittelmeer besser investiert. Statt Abschottung der EU-Außengrenzen gilt es, legale und sichere Fluchtwege zu schaffen und gleichzeitig Fluchtursachen wie Kriege und neokoloniale Ausbeutung zu bekämpfen. Als Bundestagsabgeordneter würde ich versuchen durch Öffentlichkeitsarbeit auf die mörderische Abschottungspolitik der Europäischen Gemeinschaft hinzuweisen und mich für legale Einreiserouten einsetzen. Die Gelder für Frontex gehören komplett in ein europäisches Seenotrettungsprogramm investiert.

## 7. Würden Sie sich im Falle eines Mandats im Bundestag aktiv für die staatliche Seenotrettungsmission einsetzen? Wenn ja, wie?

Sylvia Bogenreuther (Freie Wähler):

Ja, das werde ich. Zum einem, indem man öffentlich darüber spricht, aber auch andere Politiker ins Boot nimmt. Vor allem aber, muss erreicht werden, dass die Entwicklungshilfe endlich eine Entwicklungshilfe wird, damit Menschen nicht mehr flüchten müssen. Ich wäre gerne Entwicklungsministerin, denn das was in den vergangenen Jahrzehnten passierte war zu wenig und teilweise nichts. Gelder versickerten und kamen nicht an. Man weiß das und unternimmt nichts. Wichtig ist auch hier Transparenz und Mitstreiter zu gewinnen. Mit mehr Bürgerbeteiligung und Engagement vor

Ort, z. B. Förderung von Mikroprojekten und Unterstützung von aktiven und erfolgreichen Projekten wie z. B. MOYO - Ansbach für Malawi e.V. Diesen Verein habe ich Weihnachten unterstützt, indem ich Geschenke über eine Spende gekauft habe. Wir kaufen ausschließlich fair und bio ein. Auch das ist Entwicklungshilfe.

**7. Würden Sie sich im Falle eines Mandats im Bundestag aktiv für die staatliche Seenotrettungsmission einsetzen? Wenn ja, wie?**

Kilian Welser (ÖDP):

Dazu könnte die ÖDP sicher Anträge stellen, ich würde da dafür stimmen.

Markus Wanger (Die Piratenpartei):

Ja, da ich dies als eine staatliche Aufgabe sehe. Die Bundesregierung muss auf europäischer Ebene eine europäisch finanzierte Seenotrettungsorganisation nach Aufbau der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger anstoßen.



**8. Würden Sie sich im Falle eines Mandats im Bundestag gegenüber dem Freistaat Bayern und der Bundesregierung für die Schaffung rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen einsetzen, mit denen Kommunen die Aufnahme von Menschen auf der Flucht über die Verteilungsquote hinaus tatsächlich selbstbestimmt realisieren können? Wenn Ja, wie?**

Herbert Sirois (Bündnis 90/Die Grünen):

Mehrere Bundesländer und über 200 Kommunen in Deutschland sind bereit, mehr Geflüchtete als von der Bundesregierung zugesagt, aufzunehmen. Dazu zählt dank Ihres und des Engagements des Vereins "Seebrücke" auch Neuendettelsau. Wir Grüne wollen eine humanitäre Aufnahmepolitik, bei der die Aufnahmebereitschaft von Kommunen und

Ländern nicht mehr ignoriert wird. Mit einer Änderung der Zustimmungsregel zwischen dem Bundesinnenministerium und den Ländern wollen wir klarstellen, dass sich Bundesländer künftig über den "Königsteiner Schlüssel" hinaus selbstständig und frei für die Aufnahme von Geflüchteten entscheiden können. Ein Paten- bzw. Patinnenschaftsprogramm nach dem Vorbild Kanadas kann die Willkommenskultur zusätzlich fördern. Mentor:innen oder Vereine können dabei Unterstützung von Geflüchteten zusagen und so durch Relocation- und Resettlement-Möglichkeiten konkret Menschen helfen.

**8. Würden Sie sich im Falle eines Mandats im Bundestag gegenüber dem Freistaat Bayern und der Bundesregierung für die Schaffung rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen einsetzen, mit denen Kommunen die Aufnahme von Menschen auf der Flucht über die Verteilungsquote hinaus tatsächlich selbstbestimmt realisieren können? Wenn Ja, wie?**

Erkan Dinar (Die Linke):

Die Aufnahmekapazitäten sind in Deutschland auch weiterhin vorhanden. Genauso wie auch die Bereitschaft in der Bevölkerung zur Integrationshilfe für Flüchtlinge beizutragen. Aus machtpolitischen Gründen wird dies jedoch von der Politik meist verneint oder falsch dargestellt. Als Deutschland müssen wir begreifen, dass die Aufnahme von Flüchtlingen und die Betreuung

von Flüchtlingen nicht nur den EU-Grenzländern überlassen werden darf. Alle EU-Ländern müssen hier bereit sein ihren Beitrag zu leisten. Dementsprechend muss die EU ihre Verträge verändern und zumindest EU-Länder, die keine Flüchtlinge aufnehmen wollen, finanziell dafür zur Rechenschaft ziehen. Alle deutschen Kommunen müssen ausreichend mit finanziellen Mitteln zur Aufnahme von Flüchtlingen ausgestattet werden. Das gilt für alle Bundesländer gleichermaßen. Die Bundespolitik muss dazu klare Vorgaben machen.

**8. Würden Sie sich im Falle eines Mandats im Bundestag gegenüber dem Freistaat Bayern und der Bundesregierung für die Schaffung rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen einsetzen, mit denen Kommunen die Aufnahme von Menschen auf der Flucht über die Verteilungsquote hinaus tatsächlich selbstbestimmt realisieren können? Wenn Ja, wie?**

Kilian Welser (ÖDP):

Hierzu kann man Anträge stellen. Über das Wie macht man sich dann Gedanken, wenn man in der Lage ist. Sollte ich / die ÖDP gewählt werden, lassen Sie uns gemeinsam einen Antrag formulieren.

Markus Wanger (Die Piratenpartei):

Hierfür wäre ich gesprächsbereit.

**8. Würden Sie sich im Falle eines Mandats im Bundestag gegenüber dem Freistaat Bayern und der Bundesregierung für die Schaffung rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen einsetzen, mit denen Kommunen die Aufnahme von Menschen auf der Flucht über die Verteilungsquote hinaus tatsächlich selbstbestimmt realisieren können? Wenn Ja, wie?**

Sylvia Bogenreuther (Freie Wähler):

Ja, der Bund muss alle Integrationskosten übernehmen. Jeder Mensch hat den Anspruch auf Grundsicherung. Zu Beginn muss ein Integrationskurs stehen, aber hier sehe ich auch grundlegenden Handlungsbedarf: Beispielsweise müssen Migranten aus den jeweiligen Herkunftsländern eingebunden werden. Zudem müssen Männer und Frauen Tandems bilden.

Währenddessen helfen Paten (wie bei unseren ANsbacher Paten) bei Wohnungs- und Arbeitssuche, aber auch bei Freizeit und Behördenangelegenheiten. Es gibt die Integrationslotsen aus staatlicher Sicht in den Städten oder Landkreisen. Hier gibt es welche die die Helferkreise vor Ort unterstützen und deren Dienstleister sind und das ist der richtige Weg. Die anderen, die eher verhindern und bei denen die Wertschätzende Haltung gegenüber Freiwilligen und Hilfesuchenden fehlt, müssen ersetzt werden.

**9. Wie würden Sie sich im Falle, dass Sie kein Mandat im Bundestag erreichen, grundsätzlich für geflüchtete Menschen einsetzen? Wenn Ja, wie? Wenn nicht, warum?**

Herbert Sirois (Bündnis 90/Die Grünen):

Ich werde auf jeden Fall meine bereits unter Frage 4 dargelegten Aktivitäten beibehalten und situationsbedingt auch noch verstärken. Wir überlegen zum Beispiel gerade, wie wir uns zusätzlich bei der Integration von ehemaligen „afghanischen Ortskräften“ einbringen können, da diese keinerlei Rückkehrperspektive in ein von den Taliban regiertes Afghanistan haben.



**9. Wie würden Sie sich im Falle, dass Sie kein Mandat im Bundestag erreichen, grundsätzlich für geflüchtete Menschen einsetzen? Wenn Ja, wie? Wenn nicht, warum?**

**Erkan Dinar (Die Linke):**

An meinem ehrenamtlichen Engagement für Flüchtlinge binde ich kein Bundestagsmandat. Mittlerweile unterstütze ich vor allem politische Flüchtlinge aus der Türkei bei ihrer Integration in Deutschland.

**Kilian Welser (ÖDP):**

Ja ich würde mich für Geflüchtete einsetzen in dem ich Toleranz zeige und bei der Integration helfe z.B. beruflich.

**9. Wie würden Sie sich im Falle, dass Sie kein Mandat im Bundestag erreichen, grundsätzlich für geflüchtete Menschen einsetzen? Wenn Ja, wie? Wenn nicht, warum?**

**Sylvia Bogenreuther (Freie Wähler):**

Wie bisher mit der SonnenZeit FreiwilligenAgentur & MehrGenerationenHaus e. V.

**Markus Wanger (Die Piratenpartei):**

Egal, wie diese Wahl für mich persönlich ausgeht, es wird sich nichts an meiner grundsätzlichen Bereitschaft zu helfen, ändern.

## 10. Welche Vorschläge zur Flüchtlings- und Einwanderungspolitik haben Sie?

Herbert Sirois (Bündnis 90/Die Grünen):

Bündnis 90/Die Grünen stehen für eine Flüchtlingspolitik, bei der jeder einzelne Mensch zählt. Wir verteidigen das in unserer Verfassung verbriefte Grundrecht auf Asyl, setzen uns für faire, qualifizierte und effiziente Verfahren auf nationaler und europäischer Ebene ein, genauso wie für eine nachhaltige Integrationspolitik. Wir wollen ein europäisches Asylsystem schaffen, das zügige und faire Asylverfahren ermöglicht und die Flüchtenden nach einer kurzen Registrierungsphase in den Staaten an den Außengrenzen auf die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union verteilt. Ankerzentren in

ihrer jetzigen Form lehnen wir ab.  
Integrationsfeindliche und Ungleichberechtigung  
schaffende Regelungen wie zum Beispiel  
Arbeitsverbote wollen wir schnellstmöglich  
abschaffen. Integration kann immer nur vor Ort  
passieren, deshalb setze ich mich insbesondere  
für die Teilhabe am kulturellen und  
gesellschaftlichen Leben aller bei uns lebenden  
Menschen ein.

## 10. Welche Vorschläge zur Flüchtlings- und Einwanderungspolitik haben Sie?

### Erkan Dinar (Die Linke):

Zur Flüchtlings- und Migrationspolitik habe ich mich bereits bei den obigen Fragen geäußert. Vielleicht noch eine kleine Ergänzung dazu: Als LINKE wollen wir humanitäre Regelungen wie das Recht auf Familienzusammenleben, humanitären Aufenthalt, Bleiberecht und die Härtefallregelung stärken. Letzteres soll neu geordnet werden, so sollen künftig ergänzend zu Härtefallgremien der Länder auch kommunal verankerte Gremien eine Härtefallerlaubnis anordnen können, um dem Einzelfall besser gerecht zu werden. Bei der Einwanderungspolitik widersprechen die LINKEN auch der Ansicht anderer Parteien, dass sich die Einwanderungspolitik nach reinen Nützlichkeitskriterien auszurichten hat. Stattdessen sind die Interessen der Herkunftsländer

wie auch der Migranten zu berücksichtigen. Um dem Ziel einer Migration im allseitigen Interesse gerecht zu werden, möchten wir LINKEN ein Beratungsgremium zur Ausarbeitung künftiger Regelungen zur Arbeitsmigration gründen. Ihm sollten Vertreter fachkundiger Verbände, der Gewerkschaften, Wissenschaft, Betroffenenverbände und Entwicklungsorganisationen angehören. Und auch hier sollen Herkunftsländer und -regionen einbezogen werden, und zwar nicht nur durch Regierungsstellen, sondern auch durch Fachleute und zivilgesellschaftliche Akteure. Die LINKE will damit nicht nur die Einwanderung von Fachkräften nach Deutschland ermöglichen, sondern auch wenig oder nicht qualifizierter Personen eine Chance auf Einreise geben. Verbunden damit wären jedoch verpflichtende Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen.

## 10. Welche Vorschläge zur Flüchtlings- und Einwanderungspolitik haben Sie?

### Kilian Welser (ÖDP):

Fluchtursachen stoppen. Flüchten tut nur wer Not hat. Diese Not muss enden. Einwanderung beraubt den Herkunftsländern Arbeitskräfte. Gerade junge gebildete Migranten würden in ihren Heimatländern gebraucht.

### Sylvia Bogenreuther (Freie Wähler):

Beispielsweise:

- Wir brauchen eine Einwanderungspolitik mit Regeln, damit wir Menschen eine Chance geben legal nach Deutschland zu kommen
- Wir brauchen eine Entwicklungspolitik, die wirkliche Hilfe zu Entwicklung bringt
- Fair muss Standard werden
- Kriege beenden
- Terroristen müssen strafrechtlich verfolgt werden, z. B. Taliban oder IS

## 10. Welche Vorschläge zur Flüchtlings- und Einwanderungspolitik haben Sie?

Markus Wanger (Die Piratenpartei):

Unser oberstes Ziel muss sein, Fluchtursachen zu bekämpfen! Das heißt, dass wir Waffenlieferungen in Krisengebiete sofort einstellen.

Handelsabkommen, die diese Regionen benachteiligen, aufkündigen und vor allem sollten wir vor Ort endlich anfangen, intensiv humanitäre und wirtschaftliche Hilfe zu leisten. Der ursprüngliche Art. 16a Abs. 1 GG („Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“) sollte wieder hergestellt werden und Art. 16a Abs. 2-5 GG gestrichen werden, die diese das Grundrecht einschränken. Hierzu gehört auch, die formelle Beantragung von Asyl bei den Botschaften und Generalkonsulaten Deutschlands zu ermöglichen. Auch Botschaften anderer Staaten, die sich um die



Vertretung Deutschlands in einzelnen Staaten kümmern, sind hier mit einzubeziehen. Bei Annahme des Asylantrages sorgt Deutschland für den Transfer auf sein Hoheitsgebiet. Wir benötigen ein flexibleres Zuwanderungsgesetz, das, anders als mit dem Fachkräftezuwanderungsgesetz geschehen, auch angemessen berücksichtigt, dass die Ursachen für Migration unterschiedlich sind. Es sollte ein Anspruch auf den Zugang zu neuen Medien, wie dem Internet bestehen. Ein Internetanschluss bietet leichten Zugang zu Bildung und Kultur, bietet die Möglichkeit, während des laufenden Asylantrags Kontakt zur juristischen Vertretung zu halten, sich über die deutsche Rechtslage zu informieren oder Kontakt zu Familienmitgliedern und Freunden zu halten. Edward Snowden sollte Asyl gewährt werden.

**11. Wie sehen Sie die deutsche  
Verantwortlichkeit zur Beseitigung oder  
Begrenzung von Fluchtursachen  
(Klimawandel, Armut, politische Verfolgung, Korruption,  
Lieferkettengesetz)?**

Herbert Sirois (Bündnis 90/Die Grünen):

Viele Menschen fliehen, weil sie verfolgt oder ihnen grundlegende Rechte vorenthalten werden. Umso entscheidender ist konsequentes Handeln überall dort, wo unser Wirtschaften und Konsumieren zu Ausbeutung oder Perspektivlosigkeit führt. So wollen wir verhindern, dass Menschen überhaupt fliehen müssen. Deshalb rücken wir die strukturellen Ursachen von Flucht und Vertreibung und unsere dahingehende Verantwortung ins Zentrum unserer Politik. Als Außenpolitiker und Historiker

weiß ich: Viele politische Entscheidungen, die wir in Deutschland und Europa treffen, haben direkte Auswirkungen auf die Lebensbedingungen an anderen Orten auf der Welt. Wir Grüne machen uns deshalb stark für zivile Krisenprävention und wollen mit einer restriktiven Ausfuhrkontrolle zukünftig europäische Rüstungsexporte an Diktaturen, menschenrechtsverachtende Regime und in Kriegsgebiete verhindern (Stärkung des bestehenden Kriegswaffenkontrollgesetzes). Wir setzen uns zudem für ein gerechtes Handelssystem ein, das auch die Interessen der Menschen im globalen Süden einbezieht (ein Lieferkettengesetz, das seinen Namen auch verdient).

## **11. Wie sehen Sie die deutsche Verantwortlichkeit zur Beseitigung oder Begrenzung von Fluchtursachen (Klimawandel, Armut, politische Verfolgung, Korruption, Lieferkettengesetz)?**

### **Erkan Dinar (Die Linke):**

Bei der Bekämpfung von Fluchtursachen setzen wir neben einem Exportverbot für Waffen auf eine gerechte Entwicklungshilfe und fairen globalen Handel. Deshalb ist eine grundlegende Neuorientierung unserer Beziehungen zu den Ländern des Südens notwendig. Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik müssen an den strukturellen Problemen ansetzen, die durch die kapitalistische Weltwirtschaftsordnung hervorgerufen werden. Eine wirksame deutsche Entwicklungszusammenarbeit setzt dabei einen Systemwechsel in der Wirtschafts-, Finanz-, Energie- und Handelspolitik sowie der Agrarpolitik voraus. Die Entwicklungszusammenarbeit der westlichen

Industrieländer zielt dagegen bisher auf eigene wirtschaftliche Vorteile. Sie ist zu einem Anhängsel der Außenwirtschafts- und Sicherheitspolitik geworden. Ein Vielfaches dessen, was als Hilfe von Nord nach Süd fließt, kommt über Zinstilgungen, Kapitalflucht und ungerechten Handel zurück in die reichen Länder. Leider hat die Bundesregierung auch zunehmend Entwicklungshilfe mit Rohstoffsicherung verknüpft; in der Europäischen Union treibt gerade die deutsche Regierung die Freihandelspolitik gegenüber Entwicklungs- und Schwellenländern voran, um Absatzmärkte zu erschließen. Nicht selten wird die Entwicklungshilfe dabei zum Faustpfand, um Marktöffnung zu erzwingen. Die jetzige Krise zeigt jedoch: Die Politik des Freihandels und der Liberalisierung ist gescheitert. Sie führt zu immer mehr Krisenanfälligkeit und noch mehr Abhängigkeit. Sie behindert die Entwicklung im Süden und die weltweite Durchsetzung des Menschenrechts auf Nahrung. Eine selbstbestimmte Entwicklung und die

Ernährungssouveränität in den Ländern des Südens zu stärken, das sind hingegen vorrangige entwicklungspolitische Ziele für die LINKEN. Entwicklungspolitik muss die Süd-Süd-Beziehungen und regionale Märkte als Gegenpol zur globalen Handelspolitik stärken, die Verarbeitung von Rohstoffen im eigenen Land fördern und für gerechte Preise sorgen. Die Förderung der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern ist zu verstärken, auf Kosten der rein exportorientierten Agrarindustrie. Die lokalen Produzentinnen und Produzenten sind vor Preis-Dumping und Verdrängungswettbewerb zu schützen, die durch die Agrarexportsubventionen der EU und durch Freihandelsabkommen begünstigt werden. Frauen spielen für die beständige Entwicklung auf allen Ebenen, in der Bildung, in der Wirtschaft, in den familiären Zusammenhängen, eine tragende und entscheidende Rolle. Erfolgreiche Entwicklungspolitik – das zeigen weltweite Erfahrungen – ist immer auch aktive Frauenförderungspolitik. Entwicklungspolitische

Zusammenarbeit muss im Kern ausgerichtet sein auf die Befreiung von Armut, Analphabetismus, Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg. Dabei sind weltweite soziale, ökologische und antimilitaristische Bewegungen, wie z.B. das Weltsozialforum, Gewerkschaften, lokal gesteuerte Entwicklungsinitiativen auf kommunaler und regionaler Ebene, Selbsthilfegruppen und Nichtregierungsorganisationen, neben nationalen und supra-regionalen Institutionen, wichtige Bündnispartner. Konkret wollen wir als LINKEN das Menschenrecht auf Nahrung und die Nahrungssouveränität verwirklichen: Bei Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, gilt es angepasste Technologien und eine gerechte Land- und Ressourcenverteilung ins Zentrum der Förderung zu rücken. Spekulationen mit Nahrungsmitteln sind gesetzlich zu verbieten: die Finanzmärkte gehören reguliert, Hedgefonds und spekulative Geschäfte mit Nahrungsmitteln unterbinden; den Import von Agrarrohstoffen zur Bio-Sprit-Erzeugung ausschließen,

bis die globale Nahrungsmittelversorgung nachhaltig gesichert ist. Frauenförderung gilt es zu einem entwicklungspolitischen Schwerpunkt zu machen: Geschlechtergerechtigkeit auf allen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Ebenen konsequent fördern; bei der Vergabe von Geldern die jeweilige geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, beispielsweise in der Agrarproduktion, berücksichtigen; in Frauenförderungsprojekte investieren, eine qualitativ gute Grundbildung für Mädchen und Weiterbildungsmaßnahmen für Frauen unterstützen. Der IWF und die Weltbank gehören demokratisch reformiert und vollständig in das UN-System eingebunden; regional basierte und orientierte Einrichtungen für die Kreditvergabe sind zu stärken. Gerechte Handelsstrukturen herstellen, Entwicklungsländer entschulden: EU-Exportsubventionen abschaffen; die „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“ mit den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) und andere



Freihandelsabkommen neu verhandeln; faire Schiedsverfahren für insolvente Staaten schaffen. Wirkungsvolle und verlässliche Nothilfe gewährleisten: die Zahlungen für die internationale Nothilfe auf eine verbindliche Basis stellen und finanzkrisensicher machen; Hilfen ohne wirtschaftspolitische Auflagen gewähren. Entwicklungspolitik gilt es an zivile Konfliktprävention, Völkerrecht und Menschenrechte sowie aktive Friedenspolitik zu binden: Unterordnung der Entwicklungszusammenarbeit unter die Außen- und Sicherheitspolitik und die sogenannte zivil-militärische Zusammenarbeit beenden; die demokratischen und fortschrittlichen Bewegungen des Südens direkt stärken, die Zielgruppen der Projekte in die Planung und Umsetzung einbeziehen und internationale Hilfen besser koordinieren. Entwicklungsländern Lizenzen für preiswerte Medikamente zur Verfügung stellen. Und vor allem gilt es endlich 0,7 % des Bruttoinlandsproduktes für die Entwicklungshilfe bereit zu stellen.

**11. Wie sehen Sie die deutsche  
Verantwortlichkeit zur Beseitigung oder  
Begrenzung von Fluchtursachen  
(Klimawandel, Armut, politische Verfolgung, Korruption,  
Lieferkettengesetz)?**

Kilian Welser (ÖDP):

Als reiches Land mit einer großen Produktion tragen wir mit unserem Konsum die Schuld für Klimawandel. Deutschland ist verantwortlich für großes Leid auf der Welt. Wir müssen dieser Verantwortung Rechnung tragen.

**11. Wie sehen Sie die deutsche  
Verantwortlichkeit zur Beseitigung oder  
Begrenzung von Fluchtursachen  
(Klimawandel, Armut, politische Verfolgung, Korruption,  
Lieferkettengesetz)?**

Sylvia Bogenreuther (Freie Wähler):

Zuallererst sehe ich jeden Einzelnen in der Pflicht: BIO, Regional, Saisonal und Fair. Damit wären einige Probleme gelöst, z. B.

Wasserknappheit in Andalusien und die „Sklavenarbeit“ dort. Unsere Außenpolitik muss deutlicher werden und mehr Haltung an den Tag legen, Herr Maas ist hier schon auf einem guten Weg, aber noch ausbaufähig.

**11. Wie sehen Sie die deutsche  
Verantwortlichkeit zur Beseitigung oder  
Begrenzung von Fluchtursachen  
(Klimawandel, Armut, politische Verfolgung, Korruption,  
Lieferkettengesetz)?**

Markus Wanger (Die Piratenpartei):

Deutschland hat natürlich die Verantwortung, nach besten Kräften Menschen in Not zu helfen und systematische Missstände zu bekämpfen. Die massive Umweltzerstörung durch den Menschen muss gestoppt werden, um die Lebensgrundlage für Mensch und Tier für kommende Generationen zu bewahren und die menschengemachte Erderwärmung auf ein Minimum einzudämmen. Nachhaltigkeit muss als Staatsziel verankert werden. Waffenlieferungen in Krisengebiete müssen sofort eingestellt

werden. Handelsabkommen, die diese Regionen benachteiligen, aufgekündigt werden. Auch sollten wir Einfluss auf die Arbeitsbedingungen derer nehmen, die unsere Waren herstellen, was allzu oft unter ausbeuterischen Bedingungen geschieht. Vor allem sollten wir, wo nötig, vor Ort endlich anfangen, humanitäre und wirtschaftliche Hilfe zu leisten. Es muss unser Ziel sein, das sowohl auf nationaler, auf europäischer als auch auf internationaler Ebene voranzutreiben.

## 12. Wie wollen Sie sich für die Wahrung der Menschenrechte an deneuropäischen Grenzen einsetzen?

Herbert Sirois (Bündnis 90/Die Grünen):

Die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) spricht nicht von Asyl, sondern von der Flüchtlingseigenschaft, die im Prinzip auch festgestellt werden kann, ohne dass daraus ein Aufenthaltsrecht abgeleitet ist. Die Staaten sind nur dazu gehalten, das Prinzip des Non-Refoulement, des Verbots der Ausweisung oder Rückschiebung in unsichere Länder, zu respektieren und unter bestimmten Voraussetzungen illegale Einreise nicht zu bestrafen. Nach der GFK ist es daher auch möglich, dass ein Staat die Flüchtlingseigenschaft einer Person, die nicht im Staatsgebiet anwesend ist, anerkennt. Und das UNHCR, das natürlich nicht Asyl gewähren kann, da es über kein Gebiet verfügt, ist in allen Ländern, mit

Ausnahme des Herkunftslandes, ermächtigt, die Flüchtlingseigenschaft unter seinem Mandat anzuerkennen und damit ein Minimum an Rechtsschutz zu garantieren. Allein wenn wir diese Minimalregeln ernst nehmen und generell durchsetzen würden, könnte die rechtliche Situation von Personen, die an den europäischen Grenzen Schutz suchen, schon erheblich verbessert werden, da bereits vor endgültiger Klärung des Verfahrensweges ein klarer Rechtsstatus erteilt wäre. Dies gekoppelt mit „Geschützten Einreiseverfahren“, besser bekannt unter dem englischen Namen „Protected Entry Procedures“ (PEP), würde den Zugang zu einem Basisrechtsschutz erlauben, der die Wahrung der grundlegenden Menschenrechte garantiert. Allerdings darf ein wie auch immer geartetes PEP nur eine zusätzliche, wenn auch äußerst wichtige Option zu den bisherigen, auf dem EU-Gebiet eingeleiteten

Verfahren sein. Es muss sichergestellt werden - wie es auch die Europäische Kommission wiederholt unterstrichen hat -, dass in keinem Fall das Bestehen von PEP-Regelungen ein Vorwand ist, um spontan und irregulär eingereisten Bewerbern den Zugang zum Asylverfahren zu verweigern oder sie gar zurückzuschieben. Genau für die Durchsetzung der genannten Regeln würde ich mich in einem ersten Schritt einsetzen, um die Wahrung der Menschenrechte an den europäischen Grenzen endlich im Ansatz zu sichern. Weitergehende Maßnahmen, wie die Etablierung eines verbindlichen und funktionierenden gesamteuropäischen Verteilungsschlüssels für schutzbedürftige Flüchtlinge, könnte auf einem solchen Fundament aufbauen.



## **12. Wie wollen Sie sich für die Wahrung der Menschenrechte an deneuropäischen Grenzen einsetzen?**

### **Erkan Dinar (Die Linke):**

Die Grenzschutzagentur Frontex gehört abgeschafft. Die Sicherung der EU-Außengrenzen darf nicht an irgendwelche Unternehmen ausgegliedert werden. Die EU-Staaten haben die eigenen Grenzen nach internationalen Normen selber zu überwachen und bei Menschenrechtsverletzungen sind etwaige Vorfälle rechtsstaatlich aufzuklären sowie Verantwortliche von ihren Posten zu entfernen. Zusammen mit Nichtregierungsorganisationen gilt es ein Alarm-System in Europa zu installieren. Bei Verletzungen von Menschenrechten an den EU-Grenzen gilt es sofort Öffentlichkeitsarbeit zu leisten und damit den Druck auf die EU-Länder zu erhöhen.

## **12. Wie wollen Sie sich für die Wahrung der Menschenrechte an deneuropäischen Grenzen einsetzen?**

**Kilian Welser (ÖDP):**

Wie in vielen anderen Bereichen auch: Gesetze sind ja da. Kontrolle fehlt. Hier sollte mehr geprüft werden. Ich bin für eine Ausweitung staatlicher Kontrollen. Missstände wie an den südosteuropäischen Grenzen müssen geprüft und sanktioniert werden.

## 12. Wie wollen Sie sich für die Wahrung der Menschenrechte an deneuropäischen Grenzen einsetzen?

Sylvia Bogenreuther (Freie Wähler):

Ein Europa, das Menschen abschottet oder in Lagern einpfercht entspricht nicht dem sozialen Gedanken des Zusammenhalts und Menschlichkeit. Hier muss grundsätzlich geklärt werden, was will die EU gemeinsam erreichen? Wir brauchen ein gemeinsames Leitbild und eine neue demokratische Abstimmung. Dass immer alle zu allem zustimmen, lähmt die EU, das muss sich dringend ändern.

## 12. Wie wollen Sie sich für die Wahrung der Menschenrechte an deneuropäischen Grenzen einsetzen?

Markus Wanger (Die Piratenpartei):

Ich glaube, dass es auf längere Sicht nur eine funktionierende Lösung geben kann. Das wäre: Die Fluchtursachen bestmöglich zu beseitigen, um so die Abschottungspolitik beenden zu können. Leider ist diese oft geäußerte Lösung zu einer leeren Phrase verkommen, da dies einen tatsächlichen Systemwandel bezüglich des Umgangs mit den betroffenen Regionen und Regimen bedeuten würde und dafür der politische Wille fehlt, um die teils systematische Ausbeutung und Destabilisierung dieser Regionen zu beenden oder zumindest nicht zu unterstützen.

## Wahlprüfstein Seebrücke

Ihre Frage	Unsere Antwort
<p><b>Kriminalisierung Seenotrettung</b></p> <p>Die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer soll beendet werden. Stimmen Sie zu?</p>	<p>Ja. Seenotrettung ist eine Verpflichtung aus dem internationalen Seerecht und darf auch für private Hilfsorganisationen nicht kriminalisiert werden, sondern sollte auch staatlich durch die EU gewährleistet werden. Private Hilfsorganisationen sollen aufgenommene Flüchtende unmittelbar in europäische Häfen ausschiffen dürfen. Für die Aufnahme von Geretteten werden wir eine Brücke zu lokalen Akteuren bauen und die Aufnahmebereitschaft von europäischen Kommunen fördern und unterstützen. Dies soll durch Bundeskontingente möglich gemacht und damit auch die Bereitschaft vieler Kommunen im Rahmen der Initiative „Sichere Häfen“ aufgegriffen werden.</p>
<p><b>Fluchtgrund Klimawandel</b></p> <p>Die Gefährdung der Existenzgrundlage durch den Klimawandel soll als Fluchtgrund anerkannt werden. Stimmen Sie zu?</p>	<p>Ja. Angesichts der enormen Auswirkungen, die die Klimaerwärmung schon jetzt auf viele Menschen nicht nur im globalen Süden hat, wollen wir, dass international neue Fluchtgründe jenseits von Verfolgung im Herkunftsland etabliert werden, und zwar Umwelt- und Klimaveränderungen sowie Auswirkungen der internationalen Handelspolitik.</p>
<p><b>Staatliche Seenotrettung</b></p> <p>Deutschland soll sich an einer staatlich organisierten Seenotrettung beteiligen. Stimmen Sie zu?</p>	<p>Ja. Wir wollen ein Seenotrettungsprogramm der EU nach Maßgabe der italienischen Operation „Mare Nostrum“, um das Sterben der flüchtenden Menschen im Mittelmeer zu beenden. Dabei werden auch Regeln für die Aufnahme der geretteten</p>

	<p>Menschen durch die EU-Staaten getroffen. Bis zu einer solchen Lösung unterstützen wir verbindliche Ausschiffungsregeln und einen sofortigen Hilfs- und Verteilungsmechanismus, der unwürdige Hängepartien bei jeder Rettungsaktion verhindert und Verlässlichkeit schafft.</p>
<p>Evakuierung Lager</p> <p>Deutschland soll sich dafür einsetzen, dass alle Lager an den EU Außengrenzen sofort evakuiert werden. Stimmen Sie zu?</p>	<p>Nein, aber...Wir wollen ein solidarisches und arbeitsteiliges Gemeinsames Europäisches Asylsystem, das den europäischen und internationalen humanitären Standards gerecht wird. Wichtig dabei ist, dass die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen der EU nicht mit der Lage alleingelassen und überfordert werden. Deshalb wollen wir einen solidarischen Verteilmechanismus schaffen. Bis dieser funktioniert sollen Staaten, die besonders viele Geflüchtete aufnehmen, durch ein Relocation-Programm unterstützt werden. Wir müssen alles tun, um unmenschliche Zustände vor und hinter den europäischen Grenzen zu beenden. Asylverfahren inklusive der Rückführung sollen künftig als gemeinsame europäische Asylverfahren auf europäischem Boden durchgeführt werden. Hierzu werden offene EU-Asylzentren auf EU-Territorium geschaffen, die sich an den Standard der deutschen Einrichtungen anlehnen. Das EASO wird zu einer richtigen europäischen Asylagentur ausgebaut, die die Asylverfahren für alle Asylsuchenden, die nach Europa kommen, nach einheitlichen hohen europäischen Standards in den Asylzentren durchführt.</p>
<p>Selbstbestimmte Aufnahme</p>	

<p>Deutschland soll legislative Grundlagen zur selbstbestimmten Aufnahme von geflüchteten Menschen durch Kommunen und Länder schaffen. Stimmen Sie zu?</p>	<p>Nein, aber... Zwar soll es zur Wahrung der Einheitlichkeit und Solidarität der 16 Bundesländer grds. bei der Aufnahmeverteilung von Schutzsuchenden in Deutschland nach Königsteiner Schlüssel bleiben. Gleichwohl wollen wir eine Brücke bauen zu lokalen Akteuren und die Aufnahmebereitschaft von europäischen Kommunen und Städten fördern und unterstützen. Dies soll durch Bundeskontingente möglich gemacht und damit auch die Bereitschaft vieler Kommunen im Rahmen der Initiative „Sichere Häfen“ aufgegriffen werden. Die SPD setzt sich für eine praktische Lösung ein, um die Interessen aller drei Ebenen – Bund, Länder und Kommunen – besser zu vereinbaren.</p>
<p>Sichere Fluchtwege</p>	
<p>Deutschland soll sich dafür einsetzen, dass sichere und legale Fluchtwege für Menschen geschaffen werden, denen in Deutschland Schutz zusteht. Stimmen Sie zu?</p>	<p>Ja, wir wollen ein Konzept für humanitäre Visa. Für Schutzsuchende wird der Weg nach Europa oft zum Grab. Wir wollen, dass das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) ein Konzept für gemeinsame europäische humanitäre Visa vorlegt im Rahmen einer vorbehaltlich legalen Zuwanderung. Wer illegale Migration eindämmen will, muss legale Einwanderungsmöglichkeiten schaffen.</p>
<p>Push-Backs</p>	
<p>Deutschland soll auf EU-Ebene dafür eintreten, dass Push-Backs im Mittelmeer und auf dem Balkan als Verbrechen eingestuft, verfolgt und geahndet werden. Stimmen Sie zu?</p>	<p>Grundsätzlich unterstützen wir die Grenzschutzagentur FRONTEX und wollen sie weiter rechtsstaatlich ausbauen. Eine Verwicklung der Agentur in Rechtsverstöße darf es nicht geben und Vorwürfe müssen weiter aufgeklärt werden. FRONTEX soll künftig stärker auch Rechtsverstöße wie illegale Pushbacks der nationalen Küstenwachen unterbinden. Die Arbeit</p>

	von FRONTEX soll durch ein unabhängiges Monitoring und die Einrichtung einer Beschwerdestelle verbessert werden.
Frontex	
Deutschland soll die Beteiligung an allen Frontex- und EUNAVFOR MED-Einsätzen beenden. Stimmen Sie zu?	Nein. Wir unterstützen die multilateralen Bemühungen zur internationalen Krisenprävention und Konfliktbewältigung. In diesem Sinne begrüßen wir auch das Engagement der EU zur Überwachung und Umsetzung des Waffenembargos der Vereinten Nationen gegen Libyen. Deutschland sollte sich weiterhin mit europäischen Partnern an der Mission EUNAVFOR MED Irini beteiligen, um unter anderem die illegale Ausfuhr von Erdöl zu verhindern und das Geschäftsmodell des Menschenmuggels bzw. Menschenhandels zu stören. Ein wirksames Grenzmanagement an den Außengrenzen der Europäischen Union ist zwingend erforderlich, um die Errungenschaft offener Grenzen innerhalb Europas aufrechtzuerhalten. Nichtsdestotrotz sehen wir bei Frontex Bedarf für Reformen. Unter anderem sollte Frontex ein ständiges parlamentarisches Kontrollgremium erhalten.